

Mein Standpunkt Beat Kappeler

Die Armen in der Schweiz werden von der Sozialbürokratie verraten

Dieses Land beherrscht Technik und Innovation, exportiert Pharma und Uhren, aber Sozialtechnik kann es nicht. Da wollten linke Populisten lieber 70 Franken mehr AHV geben, als diese zu sanieren. Die Juso schwärzen in Bern kleine Einsparungen der Sozialhilfe als «Sozialabbau» an. Und Populisten von rechts verlangen den Inländervorrang der Sozialhilfe sowie den Abbau für Zugewanderte.

Über kreative Reformen wird dagegen nicht einmal diskutiert, weder in der Sozialhilfe, in der IV noch bei der Altersvorsorge. Diese Sturheit ist darum so hinterwäldlerisch, weil solche Innovationen anderswo längst praktiziert werden. Das wurde in dieser Kolumne schon anhand der Renten in Italien, Schweden und Polen gezeigt, wo eine Formel aus Wirtschaftswachstum und Demografie die Altersvorsorge stabilisiert.

Unbedarfte Sturheit macht leider seit langem auch die Sozialhilfe in der Schweiz unglaubwürdig und umstritten. Denn die angelsächsischen Länder haben diese arbeitsanreizend ausgestaltet. Vor allem die amerikanischen Länder besticht dabei. Eine arme Familie von vier Köpfen erhält, falls irgendjemand im Haushalt einen kleinen Job annimmt, 40% Verdienst dazu vom Steueramt. Bei 13 430 \$ selbstverdienstem Einkommen schiesst der Staat also 5370 \$ zu. Der Haushalt verfügt insgesamt über knapp 19 000 \$ im Jahr. Dabei bleibt es, bis der Haushalt 21 450 \$ selber verdient und mit dem Zuschuss über fast 27 000 \$ verfügt. Von jedem selbstverdienstem Dollar werden nun 21% vom Zuschuss der 5370 \$ abgezogen. Damit entfällt der Zuschuss erst bei

einem Einkommen von etwa 40 000 \$. Das System heisst «negative Einkommenssteuer» (Earned Income Tax Credit). Bei einem Einkommen unterhalb der Zuschussgrenze zahlt das Steueramt, darüber liefert der Haushalt Steuern ab. Doch der Haushalt hat jederzeit alles Interesse, zu arbeiten, weil ihm viel vom Lohn bleibt.

Wer gar nicht arbeitet, bekommt eine sehr tiefe Sozialhilfe nach Bedürfnis und Ermessen, durch die Einzelstaaten und durch die «food stamps» des Bundesstaats. Von der gesamten Hilfe an Ärmere geht ungefähr die Hälfte in die Einkommensstützung und nur die andere Hälfte in das, was man hierzulande Sozialhilfe nennt.

Die Sozialhilfe hier ist sehr grosszügig bemessen und gemäss den Tarifen der privaten Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) starr auszurichten. Von den meisten Gemeinden wird das stur praktiziert. Trotz kleinen Ausnahmen wird aber Franken für Franken abgezogen, was ein Haushalt selbst verdient. Ausserdem ist die Hilfe - oft bis deutlich über 50 000 Fr. pro Haushalt - nicht steuerbar. Verdient die Familie jedoch dieses Geld einmal selbst, fallen Steuern an, und sie hat trotz eigener Arbeit weniger in der Hand. Das Parlament hat 2015 einmal mehr abgelehnt, die Sozialhilfe zu besteuern und damit diesen Übergang zu glätten und die Bezüger damit auf gleichen Fuss wie tapfere, wenig Verdienende zu stellen. Die Skos ihrerseits mauert seit Jahren gegen die Kritik, die Hilfe sei zu hoch und bestrafe eigenes Arbeiten.

Reformen müssten in der Schweiz bei der Höhe der Hilfe ansetzen, mit einem niedrigeren Anfangsbetrag. Dann könnte sie wie in



Über kreative Reformen wird nicht einmal diskutiert, weder in der Sozialhilfe, in der Invalidenversicherung noch bei der Altersvorsorge.

den USA langsamer ausphasiert werden und würde zur Arbeit anreizen. Heutige Sozialempfänger sind nicht alle arbeitsfaul, aber wenn sie rechnen, rentiert sich das Arbeiten für Alleinerziehende und Schlechtbezahlte oft nicht. Hingegen würden Trittbrettfahrer, die rechte Kritiker besonders ärgern, wie manche Einwanderer oder Imame, schneller vor die Alternative «alles oder nichts» gestellt. Für gänzlich Arbeitsunfähige wäre situative Hilfe nach Ermessen angezeigt, nicht ein sturer Skos-Tarif.

Doch umdenken will diese Sozialbürokratie nicht. In der Invalidenversicherung schaffte sie es ebenfalls seit der Abstimmung vor 16 Jahren nicht, die groben Stufen der Ganz-, Halb- und Viertelsrenten gleitend zu gestalten. Denn arbeitswillige IV-Rentner verlieren durch Rentenrückstufung oft so viel, dass sie lieber nichts tun. Anderes Beispiel für die geistige Trägheit der Sozialämter, einmal mehr beim Bundesamt: Auch bei der abgelehnten «Altersvorsorge 2020» schaffte man es nicht, die Beitragssätze zur zweiten Säule von 7% des Lohns für Junge den enormen 18% für die über 55-Jährigen anzugleichen. Die Älteren sind die Teuersten, amtlich gewollt. Dieses Bundesamt hat auch die gleitenden, nachhaltigen Rentenformeln Schwedens, Italiens oder Polens für die grosse Reform nicht ernsthaft studiert, geschweige denn vorgeschlagen. Angefragt diese Woche, sandte das Amt alte Papiere zu, die solche Vorbilder kaum kennen. Hinterwäldler eben.

Die Armen sind in diesem Lande von der Sozialbürokratie verraten. Forscher ohne Kreativität entlässt die Industrie, die den faulen Bürokraten hingegen sind gut entlohnt und fest im Sattel.

Personen und Unternehmen

S&P. Die Ratingagentur hat die Kreditwürdigkeit von Südafrika definitiv auf die Stufe «Junk» heruntergestuft. Diese Note gilt neu sowohl für südafrikanische Anleihen in Lokalwährung als auch solche in ausländischer Währung. Sollte nun auch noch die Ratingagentur Moody's ihre Note senken, die heute auf der tiefsten Investmentgrade-Stufe steht, könnte es zu grösseren Abflüssen aus Südafrika kommen. (stä.)

BASF. Der Chemiekonzern führt Gespräche über eine Fusion seiner Öl- und Gas-Tochter Wintershall mit dem Konkurrenten Dea (Deutsche Erdöl AG). Die Dea wird vom russischen Milliardär Michail Fridman kontrolliert. BASF würde die Aktienmehrheit an der neuen Gesellschaft halten. Mittelfristig wäre ein Börsengang eine Option. Laut der Agentur Bloomberg sind die Gespräche weit fortgeschritten, ein Sprecher der BASF dämpfte aber Erwartungen an einen raschen Abschluss. Der Börsenkurs von BASF stieg um fast 4% an. (mju.)

JP Morgan. Die grösste US-Bank mietet in Frankfurt Raum für 200 Banker. Damit macht sie mit ihren Umzugsplänen weg von London vorwärts, wie die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» schreibt. In die Büros sollen Mitarbeiter ziehen, die ihr Geschäft nach dem Brexit nicht mehr von London aus erledigen können. (mju.)



Einkauf gestern, Erlebnis morgen

Der Detailhandel steckt im Wandel. Städte werden sich verändern – aber nicht entleeren. Im Gegenteil

Ueli Kneubühler

Just in der Woche, in welcher der Detailhandel das wichtige Weihnachtsgeschäft lanciert hat, mag bei den Händlern keine Vorweihnachtsstimmung aufkommen. Der Oktober sei «katastrophal» gelaufen, sagen Manager aus der Branche. Während bei den Kleiderläden das Wetter für eine kräftige Delle sorgte, sind andernorts die Frequenzen zwar hoch, die Kunden würden aber weniger ausgeben. Wenn am Donnerstag das Bundesamt für Statistik die Detailhandelsumsätze für den Oktober publiziert, sind keine grossen Sprünge zu erwarten.

Der Handel hat mit fundamentalen Problemen zu kämpfen. «Der stationäre Detailhandel weltweit befindet sich in einem tiefgreifenden Strukturwandel», sagt Michael Dressen, zuständig für den Bereich High-Street Retail bei CBRE Schweiz. An der Fifth Avenue in New York, der Einkaufsstrasse schlechthin, stehen 15% der Shops leer. «In der Schweiz wurde der Strukturwandel durch die Frankenaufwertung lediglich beschleunigt.»

Händler testen deshalb neue Formate, Standorte, Verkaufsfördermassnahmen, kombinieren Online mit Stationärem, neue Labels finden Platz im Stadtbild, viele verkleinern die Fläche, wandeln das Geschäft in Showrooms, integrieren Restaurants oder Bars. Das zeigt sich konkret in Zürich. Nächsten Donnerstag eröffnet der Discounter Lidl seinen ersten Laden in der Zürcher Innenstadt, in der ehemaligen Fraumünsterpost. Ikea führt seit einigen Wochen am Standort der insolventen Modekette Yendi an der Bahnhofstrasse einen temporären Pop-up-Store. Einige Meter südlich, im früheren Franz-Carl-Weber-Ge-

bäude, haben die Sportmarke Kjus und das Einrichtungshaus Einzigart ebenfalls Pop-up-Läden eröffnet, und von Mitte November bis vor Weihnachten hat das Restaurant Franzki Quartier bezogen im ehemaligen Spielwarengeschäft. «Die Menschen verschwinden nicht aus den Einkaufsstrassen, aber sie kaufen weniger ein. Sie wollen sich treffen, Kaffee trinken, eine gute Zeit erleben», sagt Thomas Lang, Gründer und Inhaber des E-Commerce-Beratungsunternehmens Carpathia. Oder sie holen ihre online bestellten Waren in einer der zahlreichen Abholstationen ab.

Viele Detailhändler testeten und versuchten Neues, doch nicht alle hätten das nötige Know-how und die finanziellen Mittel dazu, sagt Dressen. «So werden wir zunächst weitere Geschäftsaufgaben sehen.» Jene, die in den letzten Jahren in der Fläche gewachsen seien, ohne dabei Laden und Vertrieb an die veränderten Konsumgewohnheiten und die digitalen Anforderungen anzupassen, befänden sich in Schwierigkeiten, meint Dressen. Er ist der Frage im nächsten Woche erscheinenden CBRE High-Street Retail Report 2017/2018 auf den Grund gegangen.

Die Schwäche der hiesigen Händler nutzen internationale Anbieter aus. Potente Ketten wie die Yoga-Marke Lululemon oder der dänische Accessoire-Laden Flying Tiger finden mittlerweile Ladenfläche zu passablen Konditionen. Denn in der Schweiz besteht ein Überangebot an Ladenflächen von geschätzten 25%. «Wir stehen vor fundamentalen Veränderungen im Bereich Konsum», sagt Angelus Eisinger, Direktor Regionalplanung Zürich und Umgebung. «Das heute dominante Modell der Verbindung



Ikea ist in der Peripherie heimisch, hat seit einigen Wochen aber einen temporären Laden in Zürich.

von Stadtraum und Konsum ist über die letzten vielleicht 150 Jahre entstanden, erscheint uns aber fast als eine anthropologische Konstante.» Dieses Modell werde derzeit auf den Prüfstand gestellt. Den Vormarsch des Onlinehandels vergleicht er mit der Migros in den 1920er Jahren. «Mit ihrem Verkaufs-Lastwagen

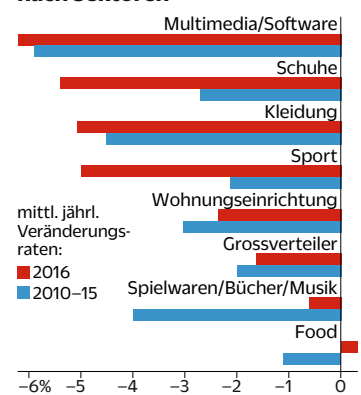
veränderte sie den gestandenen Handel rasant.» Der Onlinehandel stelle zum Beispiel das auf das Auto ausgerichtete Konzept der Shoppingcenter durch andere Formen der Erreichbarkeit grundlegend infrage. Die öffentliche Hand bekomme eine neue, wichtige Rolle. «Sie muss die verschiedenen Anspruchsgruppen an

25%

Laut Branchenschätzungen besteht derzeit ein grosses Überangebot an Ladenflächen in der Schweiz.

Starke Online-Konkurrenz

Entwicklung der Umsätze pro Quadratmeter Verkaufsfläche nach Sektoren



Quelle: GfK, Wüest Partner

einen Tisch bringen, um ein Konzept zu entwickeln, wie der öffentliche Raum der Zukunft aussehen könnte», so Eisinger. Noch scheine der Leidensdruck insbesondere bei den institutionellen Liegenschaftsbesitzern aber nicht gross genug zu sein.

So werden die Menschen wie bis anhin nach Feierabend und am Samstagnachmittag durch die Innenstädte schlendern. Sie kommen aber nicht des Einkaufs wegen, sondern treffen Freunde, wollen etwas erleben und unterhalten werden. Wirtschaftliche Zentren wie Zürich werden noch attraktiver, weil sich die internationalen Ketten an Top-Lagen präsentieren wollen, aber auf kleiner Fläche. «Viele Ketten verkleinern ihr Verkaufsnetz, bauen aber die Top-Standorte in Zürich und Genf aus», so Dressen. Das geht aber zulasten von weniger attraktiven Kleinstädten. «Für diese mittelgrossen Städte wird es hart.» Dort wird das Verkaufsnetz zuerst ausgedünnt.